

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten: Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderern von 1980 bis 2016

Schmidt, Peter; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, P., & Weick, S. (2017). Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten: Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderern von 1980 bis 2016. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 57, 1-7. <https://doi.org/10.15464/isi.57.2017.1-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Inhalt

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten 1

Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählergruppen der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen 8

Schaffen wir das? Zwischen Akzeptanz und Ablehnung von Immigration in Deutschland und Europa 12

12th Conference „Social Monitoring and Reporting in Europe“
Call for Papers 17

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohungen besonders wichtig für die Einschätzung von Migranten

Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderern von 1980 bis 2016

Durch die sich immer dramatischer entwickelnde Lage der Zivilbevölkerung in Ländern mit Bürgerkriegen, insbesondere Syrien aber auch Afghanistan, dem Irak, Somalia, dem Südsudan und Eritrea und der zunehmend schwierigen ökonomischen und politischen Lage in einigen Ländern Afrikas, nahm die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa wollten, in den letzten Jahren stark zu. In der Europäischen Union (EU) und Deutschland wurde dabei kaum zur Kenntnis genommen, dass mehrere Millionen Flüchtlinge vor allem in der Türkei, aber auch in Pakistan, im Libanon, dem Iran, Äthiopien und Jordanien Zuflucht fanden (United Nations High Commissioner for Refugees, 2016). Innerhalb der EU konnte allerdings keine Einigung bezüglich der Aufteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die verschiedenen EU-Länder erreicht werden. Als Konsequenz hielten sich eine große Zahl der Flüchtlinge in unhaltbaren Zuständen in den EU-Ländern Griechenland und Italien auf. Diese beiden Länder fühlten sich von den anderen EU-Ländern im Stich gelassen. Um diese Situation kurzfristig zu lösen, entschloss sich die Bundesregierung 2015 die deutschen Grenzen zu öffnen. Als Konsequenz kam es 2015 und 2016 zu einer Welle der Zuwanderung von Flüchtlingen, was sich in der Statistik in einer enormen Steigerung der Zahl der Asylanträge zeigte (2016: 745 545; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2017). Ein großer Teil der Bevölkerung reagierte zunächst sehr positiv auf den Zustrom, was durch den Begriff der Willkommenskultur charakterisiert wurde. Aber insbesondere die AfD von Anfang an und später auch die CSU, warnten vor der Aufnahme so vieler Flüchtlinge und sprachen die mögliche Gefährdung der Sicherheit und Bedrohung des westlichen Lebensstils besonders durch Flüchtlinge muslimischen Glaubens an. Als Wendepunkt in der Stimmung der Bevölkerung können die Neujahrseignisse in Köln und weniger die einzelnen terroristischen Aktionen von als Flüchtlinge getarnten Anhänger des Islamischen Staates (IS) gelten. Unser Aufsatz soll dazu beitragen, auf der Basis aktueller empirischer Ergebnisse von Umfragen aus dem Jahr 2016, Daten zur Einstellung und Kontakten der deutschen Bevölkerung zur Zuwanderung und zu Migranten zu präsentieren. Ergänzend werden zu Vergleichszwecken Daten aus früheren Befragungen mit einbezogen. Damit soll eine empirisch fundierte Analyse der Situation und ihrer zeitlichen Entwicklung gegeben werden.

Vor dem Hintergrund amtlicher Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden Ergebnisse zu Erfahrungen, Einstellungen und Kontakten der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Migrantengruppen sowie zur Zuwanderung präsentiert. Zurückgegriffen wird dabei auf zum Analysezeitpunkt möglichst aktuelle Umfragedaten, die nach der Flüchtlingswelle von 2015 erhoben wurden. In einem ersten deskriptiven Teil werden Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 2016¹, ergänzt durch frühere Befragungsjahre ab 1980, verwendet. Ein weiterer Teil der Studie nutzt ein Fragemodul der GESIS-Panel-Befragung vom Mai/Juni 2016², um stärker theoriegeleitet die Bewertung von Ausländern durch die deutsche Erwachsenenbevölkerung zu untersuchen und mögliche Erklärungsfaktoren zu identifizieren. Neben sozio-ökonomischen Faktoren wird dabei für die empirische Überprüfung insbesondere auf die Konzepte des Intergruppenkontaktes, aber auch der gruppenbezogenen relativen Deprivation, der Wahrnehmung von Bedrohungen sowie des Autoritarismus zurückgegriffen.

Der erste, deskriptive Teil der Untersuchung behandelt folgende Fragestellungen:

- Welche Einstellungen sind hinsichtlich einer Begrenzung des Zuzugs für verschiedene Migrantengruppen zu identifizieren?
- Als wie wichtig werden von der deutschen Bevölkerung verschiedene Kriterien als Voraussetzung für eine Einbürgerung erachtet.
- Welche Entwicklung ist im Verlauf von 36 Jahren, von 1980 bis 2016, hinsichtlich persönlicher Kontakte mit Ausländern zu erkennen?

In der frühen Bundesrepublik wurde eine erste Zuwanderungswelle durch die Anwerbeabkommen für Gastarbeiter mit Ländern im südeuropäischen Raum ausgelöst. Nach dem Anwerbestopp 1973 zogen in größerem Umfang Familienangehörige nach, und eine steigende Zahl von Kindern ausländischer Eltern wurde in Deutschland geboren. Eine zweite große Gruppe von Zuwanderern stellen Aussiedler mit deutschen Wurzeln dar, die eine rechtliche Sonderstellung einnehmen und aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Aussiedler sind seit dem Bestehen der Bundesrepublik nach Deutschland zugewandert, der Schwerpunkt lag in den Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nach 1989. Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende aus den Staaten des früheren Jugoslawiens trugen in den 1990er

Jahren zum Anstieg des Ausländeranteils in Deutschland bei (Schmidt und Weick, 1998). Der hohe Zustrom von Flüchtlingen 2015 fand seinen Niederschlag in der bis dahin höchsten Zahl von Asylanträgen in Deutschland von 476 649 Personen im gleichen Jahr, vor allem aber im Folgejahr mit 745 545 Personen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2017). Die wichtigsten Herkunftsländer Syrien, Irak und Afghanistan waren besonders stark von Krieg und Unsicherheit betroffen.

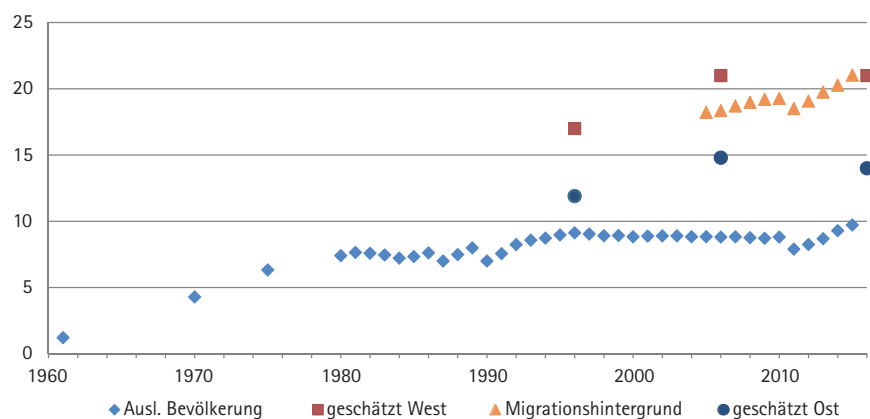
Weniger Vorbehalte gegen Zuwanderung als in den 1990er Jahren

Während in Westdeutschland 1960 der Ausländeranteil nur knapp über einem Prozent lag, erreichte er 1989 fast acht Prozent. Für Gesamtdeutschland ist von 1990 bis 2002 ein Anstieg um fast 2 Prozentpunkte festzustellen (Grafik 1). Von 2011 bis 2015 zeigen die auf Basis des Zensus 2011 fortgeschriebenen Zahlen in kürzerer Zeit einen etwa gleich großen Anstieg. Anhand der Staatsangehörigkeit lassen sich die zugewanderte Bevölkerung und deren Kinder nicht mehr zureichend erfassen, da Einbürgerungen auf dieser Basis nicht in die Betrachtung eingehen. Durch eine Gesetzesänderung im Jahr 2000 erhalten Kinder ausländischer Eltern zunehmend auch die deutsche Staatsangehörigkeit und auch erwachsene Ausländer können nach längerem Aufenthalt leichter eingebürgert werden. Seit 2005 kann anhand der Mikrozensusdaten auch der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund³ ermittelt werden und damit auch Migrationserfahrung und Staatsangehörigkeit bei den Eltern berücksichtigt werden. Dieser liegt 2015 mit 21 % etwa doppelt so

hoch wie der Ausländeranteil. Auch beim Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist bei einheitlicher Berechnungsweise seit 2011 ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Fragt man die deutsche Bevölkerung, wie hoch sie den Ausländeranteil schätzt, so zeigt sich, dass die Kenntnisse eher ungenau sind und eine Überschätzung zu beobachten ist. Befragte schätzen den Ausländeranteil für Westdeutschland im Jahr 2016 auf 21% und für Ostdeutschland auf 14%, also jeweils etwa 10 Prozentpunkte höher als die amtlich gemessenen Werte (2015: Westdeutschland 11,8%; Ostdeutschland 3,8%)⁴. Allerdings haben die Ereignisse der Flüchtlingskrise mit der verstärkten Zuwanderung nach Deutschland und der einhergehenden Medienberichterstattung nicht dazu geführt, dass der Ausländeranteil stärker überzeichnet wird als noch 2012.

In der Bevölkerung lassen sich erhebliche Vorbehalte gegen den weiteren Zuzug erkennen, die sich deutlich hinsichtlich verschiedener Migrantengruppen unterscheiden. Befragte konnten angeben, ob der Zuzug für die jeweilige Gruppe uneingeschränkt möglich sein sollte, ob er begrenzt werden sollte oder ob er völlig unterbunden werden sollte. Die stärksten Vorbehalte gibt es gegenüber der Kategorie von *Flüchtlingen, die wegen wirtschaftlicher Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen* (Wirtschaftsmigranten): 33% der Westdeutschen und sogar mehr als 40% der Ostdeutschen äußern die Einstellung, dass der Zuzug von Wirtschaftsmigranten völlig unterbunden werden soll. Weitere 59% (Ostdeutschland 51%) wollen zumindest eine Begrenzung des Zuzugs. Starke Vorbehalte zeigen sich auch für Nicht-EU-Arbeitnehmer und EU-Arbeitnehmer aus Osteuropa, wenn auch die völlige Unterbindung des Zuzugs deutlich

Grafik 1 Ausländeranteil, geschätzter Ausländeranteil und Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (in %)

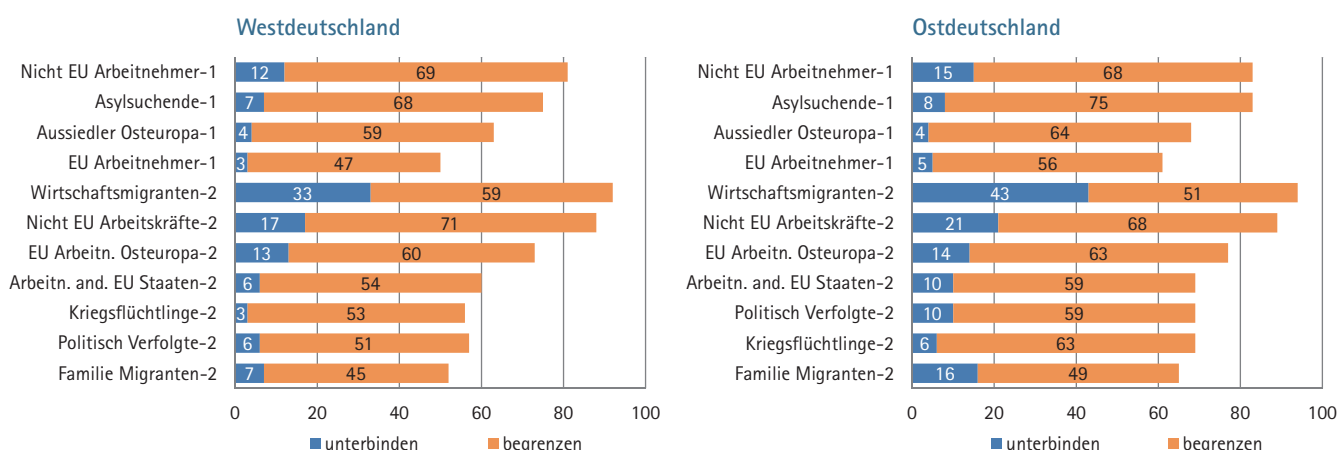


Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im engeren Sinn

Quelle: Statistisches Bundesamt 2016a; 2016c

Datenbasis: ALLBUS 2016 (geschätzter Ausländeranteil, arithmetisches Mittel)

Grafik 2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Zuzug verschiedener Migrantengruppen (in %)



Datenbasis: ALLBUS 2016

Tabelle 1 Einstellung „Zuzug völlig unterbinden“ 1996, 2006 und 2016 (%)

	1996		2006		2016	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Aussiedler Osteuropa	18	11	11	11	4	4
Asylsuchende	21	22	16	14	8	7
EU-Arbeitnehmer	38	12	19	9	5	3
Nicht-EU-Arbeitnehmer	49	31	34	24	15	12

Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012 (kumuliert), 2016

seltener genannt wird. Nur eine Minderheit von 7% (Ostdeutschland 8%) möchte die Zuwanderung von Asylsuchenden und auch politisch Verfolgten unterbinden sehen, die Einstellung, dass eine Begrenzung erfolgen sollte, ist allerdings weit verbreitet. Gegenüber EU-Arbeitnehmern fallen die Vorbehalte gegen eine Zuwanderung jedoch am geringsten aus. Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung entsprechen oft nicht der Rechtslage, die z.B. für EU-Bürger einen freien Zuzug gestattet oder auch politisch Verfolgten einen Aufenthalt ermöglicht. Trotz vieler Vorbehalte gegen Zuwanderung sind die geäußerten Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung allerdings weit weniger restriktiv als noch Mitte der 1990er Jahre. So äußerten 1996 noch gut 20% der West- und Ostdeutschen die Meinung, man sollte den Zuzug von Asylsuchenden ganz unterbinden (Tabelle 1). Sehr deutlich werden die Einstellungsänderungen bei Ostdeutschen gegenüber EU-Arbeitnehmern: Sprachen sich 1996 noch 38% dafür aus, die Zuwanderung völlig zu unterbinden, waren es 2016 nur noch 5%.⁵

Bekanntnis zur deutschen Grundordnung als besonders wichtig für Einbürgerung erachtet

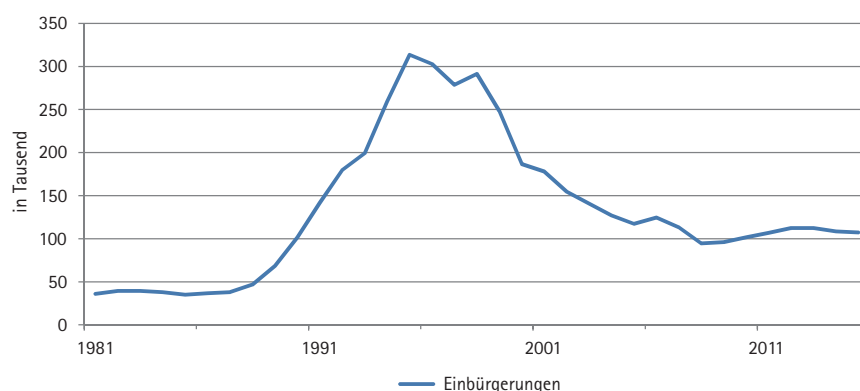
Die Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft berührt sehr unmittelbar die Lebenschancen und soziale Sicherheit von

Migranten und mit aktivem und passivem Wahlrecht auch die Möglichkeit zur Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft. Quantitativ zeigt sich folgender Trend: Nach dem starken Anstieg der Zahl der Einbürgerungen zu Beginn der 1990er Jahre, die im Wesentlichen auf den Anspruch von deutschstämmigen Aussiedlern zurückzuführen sind, sanken die Werte zwar wieder ab, haben sich aber auf deutlich höherem Niveau als vor dem Anstieg wieder eingependelt. Hier spiegeln sich nicht zuletzt die gesetzlichen Erleichterungen bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft wider.

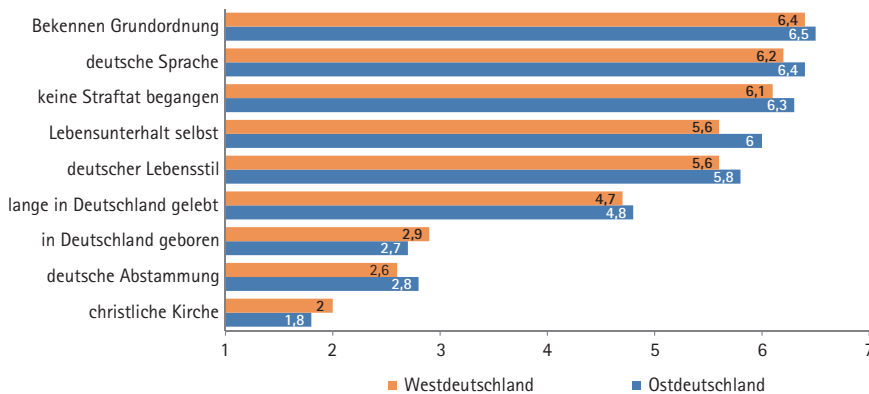
Was erachten nun die Bürger als wichtig für die Vergabe der deutschen Staatsbürger-

schaft? Dazu konnten Befragte verschiedene Statements auf einer Skala von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ bewerten. Die Befragten wurden zwei Gruppen zufällig zugeordnet, die unterschiedliche Varianten der Fragenbatterie erhielten, die beide jeweils nach Größe sortiert dargestellt sind (Grafik 4). In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden die Kriterien meist unter den Begriffen ethnische (ethnic) versus zivilgesellschaftliche (civic) Konzepte der Staatsbürgerschaft gefasst (vgl. Smith, 1991). Dabei werden die Kriterien Abstammung und Geburt sowie Religion zur ethnischen Konzeption zugeordnet, während Sprache, Beschäftigung, Anerkennung der Gesetze, Anpassung des Lebensstils und kein kriminelles Verhalten zu den zivilgesellschaftlichen Kriterien gehören. Die Einschätzung dieser Kriterien wirkt nach verschiedenen empirischen Ergebnissen signifikant auf die Einstellung zu Flüchtlingen, Asylbewerbern und als Ausländer wahrgenommene Personen (vergl. z.B. Hochman, Rajjman und Schmidt, 2016). Gemessen am arithmetischen Mittel, stehen im Urteil der Bevölkerung das Bekenntnis zur deutschen Grundordnung und die Kenntnis der deut-

Grafik 3 Einbürgerungen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016b, Fachserie 1, Reihe 2.1

Grafik 4 Wichtigkeit verschiedener Kriterien der Einbürgerung in der deutschen Bevölkerung

Datenbasis: ALLBUS 2016

Tabelle 2 Wichtigkeit verschiedener Kriterien der Einbürgerung in der deutschen Bevölkerung 1996, 2006 und 2016 (arithm. Mittel)

	1996		2006		2016	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
In Deutschland geboren	5.0	4.6	3.6	3.4	2.9	2.7
Deutsche Abstammung	4.7	4.4	3.5	3.3	2.9	2.6
Deutsche Sprache	4.5	5.4	6.1	6.3	6.3	6.2
Lange in D. gelebt	5.2	5.4	5.1	5.0	4.8	4.7
Deutscher Lebensstil	4.8	5.0	5.8	5.5	5.9	5.6
Christliche Kirche	1.8	2.2	2.0	2.4	1.8	2.0
Keine Vorstrafen	6.3	6.0	6.4	6.3	6.3	6.1
Eigener Lebensunterhalt	5.8	5.7	6.0	5.9	6.0	5.6
Bekennen zur Grundordnung			6.3	6.3	6.5	6.4

Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012 (kumuliert), 2016

schon Sprache ganz oben, gefolgt davon, dass keine Straftat begangen wurde. Die entsprechenden Durchschnitte liegen jeweils höher als 6,0. Als weit weniger wichtig wird erachtet, dass Personen in Deutschland geboren wurden oder eine deutsche Abstammung haben, mit durchschnittlichen Wichtigkeitseinstufungen zwischen 2,6 und 2,9. Diesbezüglich ist eine deutliche Veränderung der Einstellung zu beobachten: Im Jahr 1996 lagen die entsprechenden Wichtigkeitseinstufungen zwischen 4,4 und 5,0 und damit noch deutlich höher als 2016 (Tabelle 2). Abstammung und Geburt in Deutschland haben in der Einschätzung der Bevölkerung erheblich an Bedeutung für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft verloren. Der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche wird die geringste Bedeutung zugemessen. Als wichtiger wird in der Bevölkerung angesehen, dass der Lebensunterhalt selbst erbracht wird und der Lebensstil an den der deutschen Bevölkerung angepasst wird.

Die deutsche Bevölkerung hält nicht die Abstammung, sondern insbesondere die Achtung der Grundwerte und die Anpassung des Lebensstils als relevant für eine Einbürgerung von Migranten. Solche Anpassungen können kaum in segregierten Lebensformen von isolierten Gruppen geleistet werden. Kontakte zwischen Bevölkerungsteilen mit und ohne Migrationshintergrund gelten in der sozialwissenschaftlichen Forschung (Pettigrew und Tropp, 2006) als wichtige Voraussetzung für die Integration von Migranten und helfen vielfach, Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Der Ausländeranteil bzw. der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahrzehnten erheblich angestiegen. Dies hat die Gelegenheiten zu Kontakten nachhaltig verändert. Die ALLBUS-Daten erlauben es, die Erfahrung von Kontakten mit Ausländern in der deutschen Bevölkerung von 1980 bis 2016 zu verfolgen (Grafik 5).

Erhebliche Zunahme von Kontakten mit Ausländern

In den vier vorgegebenen Lebensbereichen, Familie, Arbeit, in der Nachbarschaft und im Freundes- und Bekanntenkreis sind die

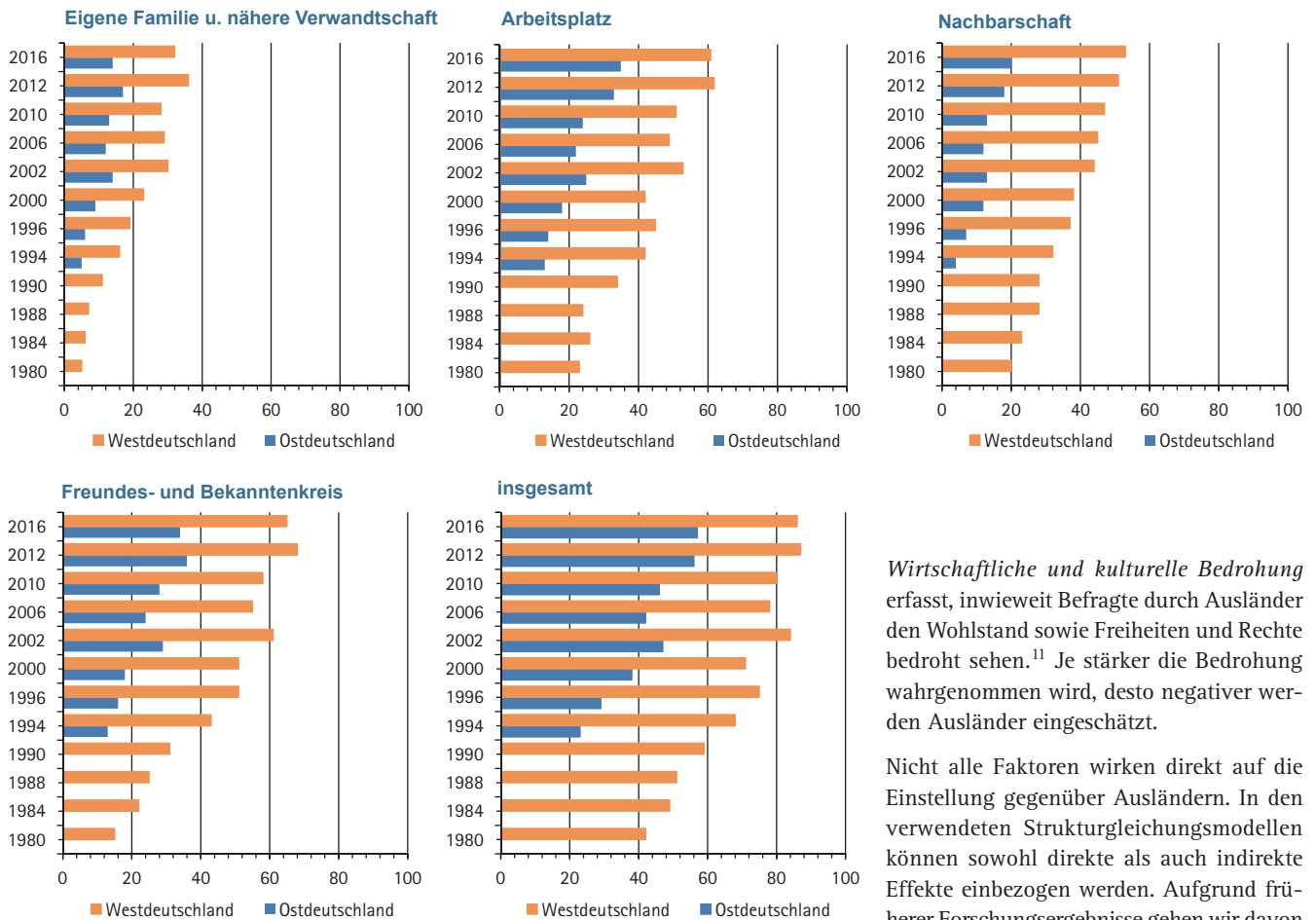
Häufigkeiten von persönlichen Kontakten im Zeitverlauf erheblich angestiegen. Das Niveau in Westdeutschland liegt dabei jeweils deutlich über dem ostdeutschen. Bei einer übergreifenden Betrachtung, die alle vier Lebensbereiche zusammen betrachtet (insgesamt), berichten zum Ende der Beobachtungsperiode 2016 weit über 80% der Westdeutschen und mehr als 60% der Ostdeutschen über Kontakte mit Ausländern. 1994 hatten nur gut zwei Drittel der Befragten in den alten und knapp ein Viertel in den neuen Bundesländern in mindestens einem der Lebensbereiche Kontakt zu Ausländern. Die erfassten Lebensbereiche unterscheiden sich dabei durchaus. Besonders oft werden Kontakte am Arbeitsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis genannt: Jeweils mehr als 60% der Westdeutschen und mehr als ein Drittel der Ostdeutschen machen im Jahr 2016 entsprechende Angaben. Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es auch einen beachtlichen Anstieg bei Kontakten in der eigenen Familie oder der näheren Verwandtschaft. Berichteten 1994 in Westdeutschland noch 16% der Befragten von Kontakten in der Familie waren es 2012 immerhin 36%. In Ostdeutschland ist für diesen Indikator ein Anstieg im gleichen Zeitraum von 5% auf 17% zu beobachten. Für 2016 sind bei familiären Kontakten leicht sinkende Werte zu beobachten. Dennoch haben persönliche Kontakte mit Ausländern längerfristig betrachtet in der deutschen Bevölkerung eine gestiegene Bedeutung und sind in Westdeutschland überwiegend nicht auf einen Lebensbereich begrenzt.⁶

Bedrohungswahrnehmung besonders wichtig für eine positive oder negative Einschätzung von Ausländern

Im Zusammenhang mit der jüngsten Flüchtlingswelle traten in der Öffentlichkeit äußerst unterschiedliche Einstellungen gegenüber Zuwanderern zutage: Auf der einen Seite eine völlige Ablehnung, ja sogar offene Anfeindung und auf der anderen Seite ein hohes Maß an Verständnis und Unterstützungsbereitschaft. Welche Faktoren beeinflussen eine positive oder negative Bewertung von Migranten durch die deutsche Bevölkerung? Ein Fragemodul im GESIS-Panel (Mai/Juni 2016) ermöglicht es, dies für verschiedene Migrantengruppen zu untersuchen. Von den möglichen Gruppen (Muslime, Ausländer, Sinti/Roma und Flüchtlinge) wurden für diesen Beitrag Ausländer für nähere Analysen ausgewählt.

Es werden Ergebnisse eines multivariaten Modells zum Zusammenhang von demo-

Grafik 5 Persönlicher Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Lebensbereichen



Datenbasis: ALLBUS 1980 bis 2012, 2016

grafischen Merkmalen sowie den sozialpsychologischen Konzepten Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung, gruppenbezogener relativer Deprivation, positiven und negativen Erfahrungen mit Kontakten, wahrgenommener wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung mit der Einstellung gegenüber Ausländern vorgestellt. Zunächst werden sozialpsychologische Konstrukte, die auf Basis der Befragung zur Erklärung verwendet werden, in Kürze vorgestellt.

Autoritarismus erfasst, inwieweit Befragte autoritäre Persönlichkeitseigenschaften bzw. Einstellungen haben, die anhand von Items zu Außenseitern, bewährten Verhaltensweisen und autoritären Führungspersonen gemessen werden.⁷ Mit steigendem Autoritarismus ist eine zunehmend negative Einschätzung gegenüber Ausländern zu erwarten (direkte und indirekte Effekte).

Soziale Dominanzorientierung erfasst, inwieweit Befragte Einstellungen bezüglich einer Hierarchie zwischen sozialen Gruppen verinnerlicht haben, die anhand der Zustimmung zu Merkmalen der Chancenverteilung, Überlegenheit, Gleichbehandlung und

Einfluss gemessen werden.⁸ Je höher die soziale Dominanzorientierung gegenüber Ausländern ist, desto negativer sollte die allgemeine Einschätzung von Ausländern ausfallen (direkte und indirekte Effekte).

Gruppenbezogene relative Deprivation erfasst, inwieweit Befragte die wirtschaftliche Lage von Deutschen schlechter als diejenige von Ausländern einstufen.⁹ Je schlechter die relative wirtschaftliche Situation von Deutschen im Vergleich zu Ausländern eingeschätzt wird, desto negativer ist die Einschätzung von Ausländern (direkte und indirekte Effekte).

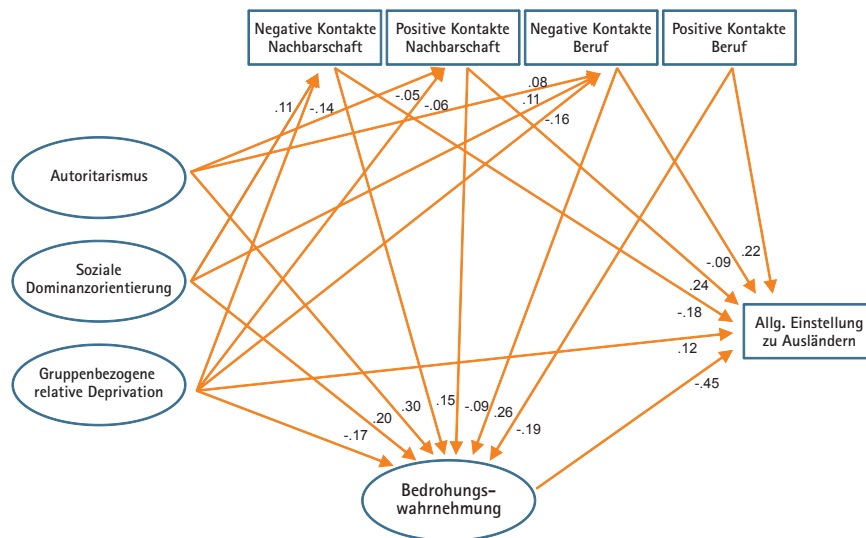
Positive und negative Kontakte erfassen, wie häufig Befragte jeweils positive oder negative Erfahrungen bei Kontakten in der Nachbarschaft und im Beruf zu Ausländern haben.¹⁰ Je mehr positive Kontakte im jeweiligen Bereich zu verzeichnen sind, desto positiver werden Ausländer eingeschätzt, und je mehr negative Kontakte jeweils zu verzeichnen sind, desto negativer werden Ausländer bewertet (direkte und indirekte Effekte).

Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohung erfasst, inwieweit Befragte durch Ausländer den Wohlstand sowie Freiheiten und Rechte bedroht sehen.¹¹ Je stärker die Bedrohung wahrgenommen wird, desto negativer werden Ausländer eingeschätzt.

Nicht alle Faktoren wirken direkt auf die Einstellung gegenüber Ausländern. In den verwendeten Strukturgleichungsmodellen können sowohl direkte als auch indirekte Effekte einbezogen werden. Aufgrund früherer Forschungsergebnisse gehen wir davon aus, dass die sozio-demografischen Merkmale wie Geschlecht und Bildung nicht direkt auf die Einstellung zu Ausländern wirken, sondern nur vermittelt über Autoritarismus (vgl. Schmidt und Heyder, 2000), gruppenbezogene relative Deprivation (vgl. Smith et al., 2011), Bedrohungswahrnehmung (Semyonov et al., 2006) und Kontakt (Pettigrew und Tropp, 2006). Wir gehen daneben auch von Merkmalen aus, die sowohl direkte als auch indirekte Effekte aufweisen. Es ist zu erwarten, dass Autoritarismus (vgl. Schmidt und Heyder, 2000), Soziale Dominanz (vgl. Zick et al., 2008) und gruppenbezogene relative Deprivation (vgl. die Metaanalyse von Smith et al., 2011) einerseits vermittelt über Bedrohungswahrnehmung und Kontakte, aber auch direkt auf die Einstellung zu Ausländern wirken. Weiterhin erwarten wir, dass sowohl die Bedrohungswahrnehmung als auch Kontakte verglichen mit allen anderen Einflussgrößen am stärksten auf die Einstellung zu Ausländern wirken. Die Ergebnisse für die direkten Effekte der erklärenden Variablen finden sich in Grafik 6.

Die hier berichteten Effekte sind unter Konstanthaltung aller anderen unabhängigen Variablen geschätzt und repräsentieren damit den partiellen oder isolierten Effekt jeweils einer erklärenden Variable.

Grafik 6 Pfadmodell zur Erklärung negativer/positiver Einstellungen gegenüber Ausländern¹



1) Allgemeine Einstellung gegenüber Ausländern: Wie würden Sie allgemein Ihre Gefühle gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern beschreiben? Antwortskala von 1 „sehr negativ“ bis 5 „sehr positiv“.
Datenbasis: GESIS-Panel Welle db (Mai/Juni 2016)

Tabelle 3 Standardisierte Regressionsgewichte sozio-ökonomischer Merkmale

Autoritarismus	← Ostdeutschland	,104***
Autoritarismus	← Realschule	-,096***
Autoritarismus	← Abi, FH	-,283***
Autoritarismus	← Alter	,079***
Soziale Dominanz	← Frau	-,044*
Soziale Dominanz	← Real	-,053*
Soziale Dominanz	← Abi, FH	-,105***
Soziale Dominanz	← Alter	,053*
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Realschule	,000*
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Abi, FH	,199***
Soz. Vgl. mit Deutschland	← Alter	,104***
Kontakt Nachbarn positiv	← Alter	-,140***
Kontakt Nachbarn positiv	← Ostdeutschland	-,111***
Kontakt Nachbarn negativ	← Alter	-,163***
Kontakt Arbeit positiv	← Alter	-,050*
Kontakt Arbeit positiv	← Ostdeutschland	-,132***
Kontakt Arbeit negativ	← Alter	-,126***
Allgemeine Einschätzung	← Alter	,076***
Allgemeine Einschätzung	← Ostdeutschland	-,063***

Ergänzende Tabelle zum Pfadmodell (Grafik 6); Signifikanz: * $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Einer positiven oder negativen Beurteilung von Migranten liegen auch Vergleichsprozesse von sozialen Gruppen zugrunde. Ein direkter Effekt (.12) auf die Einstellung zu Ausländern lässt sich für die Wahrnehmung gruppenbezogener relativer Deprivation identifizieren. Zudem konnten indirekte Effekte über Kontakte und Bedrohungswahrnehmung im empirischen Modell identifiziert werden.

Mit steigendem Autoritarismus sinken die positiven Erfahrungen mit Ausländern in der Nachbarschaft, steigen die negativen Erfahrungen bei der Arbeit und steigt das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung. Die allgemeine negative oder positive Einstellung zu Ausländern wird damit durch Autoritarismus zwar nicht wie erwartet direkt, aber nicht unerheblich indirekt über Kontakte und Bedrohungswahrnehmung beeinflusst.

Für sozio-demografische Merkmale können eine Reihe von signifikanten, indirekten Effekte auf die allgemeine Einschätzung von Ausländern im Pfadmodell identifiziert werden (Tabelle 3). Auch unter Konstanzhaltung aller anderen jeweils unabhängigen Variablen zeigt sich, dass Ostdeutsche autoritärer als Westdeutsche sind. Auffällig ist weiterhin, dass Ostdeutsche signifikant weniger positive Erfahrungen bei Kontakten in der Nachbarschaft (-.11) und am Arbeitsplatz mit Ausländern (-.13) aufweisen. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Ausländer in Ost- und Westdeutschland sich sehr unterschiedlich verhalten, könnte dies die Auswirkung von stärkeren Vorurteilen gegenüber Ausländern und stärkerem Autoritarismus im Osten sein. Schließlich zeigt sich auch bei den Ostdeutschen ein schwacher negativer, aber signifikanter Effekt auf die negative Einstellung gegenüber Ausländern.

Nicht unerwartet, ist die soziale Dominanzorientierung bei Frauen niedriger als bei Männern, während dies interessanterweise beim Autoritarismus nicht der Fall ist. Mit höherer Bildung sinkt der Autoritarismus und die Soziale Dominanzorientierung ist schwächer ausgeprägt, weiterhin sinkt das Gefühl der gruppenbezogenen Deprivation.¹² Auch hinsichtlich des Alters zeigen sich Unterschiede. In der Gruppe der Ältesten sind Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung leicht erhöht, während die gruppenbezogene Deprivation etwas niedriger liegt als bei jüngeren Befragten. Ältere haben weiterhin seltener positive und auch negative Kontakte zu Ausländern, sowohl in der Nachbarschaft als auch bei der Arbeit, was sicher mit der unterschiedlichen Gelegenheitsstruktur zu tun hat.

Kontakte und die Wahrnehmung von Bedrohung erweisen sich als besonders bedeutungsvoll für die Bewertung ausländischer Menschen. Gehen Bürger davon aus, dass ihr Wohlstand oder ihre Freiheiten durch Ausländer bedroht sind, fällt deren Einschätzung negativ aus. Der entsprechende Koeffizient liegt bei -.45. Das ist der größte einzelne Effekt. Für Kontakte sind insgesamt vier Effekte zu berücksichtigen. Die Effekte für die Häufigkeit positiver Kontakte sind sowohl für die Nachbarschaft (.24) als auch für den Beruf (.22) bedeutsamer als negative Kontakte. Vor allem im Beruf

erweisen sich negative Kontakte zwar als signifikant, aber doch deutlich kleiner als die positiven (-.09 vs. .22). Negative Kontakte in der Nachbarschaft gehen dagegen stärker mit einer negativen Bewertung von Ausländern einher (-.18). Im Wohnumfeld reagieren Bürger offensichtlich sensibel auf negative Kontakte. Insgesamt bestätigt sich die Erwartung, dass von Bedrohungswahrnehmung und Kontakten die stärksten Effekte ausgehen. Dabei zeigen sich auch indirekte Effekte von Kontakten über die Bedrohungswahrnehmung.

Fazit

Für die deutsche Bevölkerung sind Kontakte mit Migranten in verschiedenen Lebensbereichen zur Normalität geworden, insbesondere in den alten Bundesländern. Vorbehalte gegen Zuwanderung haben seit den 1990er Jahren in West- und Ostdeutschland deutlich abgenommen. Zivilgesellschaftliche Konzepte der Einbürgerung, die das Bekenntnis zur Grundordnung und Sprachkenntnisse beinhalten, haben im Urteil der Bevölkerung gegenüber ethnischen Konzepten erheblich an Bedeutung gewonnen. Die „Flüchtlingskrise“ und die ständige Präsenz der Migrationsproblematik in den Medien hat hier offensichtlich keine Trendumkehr auf der Einstellungsebene bei der deutschen Bevölkerung bewirkt. Kontakte mit Migranten müssen allerdings nicht immer positiv sein, und vor allem Wohlstand sowie Freiheiten und Rechte können auch als bedroht empfunden werden. Dass dies in der Folge zu negativen Einstellungen gegenüber Migranten führt, stellt sicherlich auch eine Herausforderung bei der Bewältigung der Migration dar.

Literatur

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2017). Aktuelle Zahlen zu Asyl, Januar 2017: Tabellen, Diagramme, Erläuterungen: www.bamf.de.
- Baumann, J., Mika, T., Vogel, C., & Weick, S. (2016). Geringe Rente und hohes Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern: Analysen mit Daten der Rentenversicherung und des Mikrozensus. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 56, 1-4.
- Blohm, M. & Wasmer, M. (2013). Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), *Datenreport 2013: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 205-211). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hochman, O., Raijman, R., & Schmidt, P. (2016). National Identity and Exclusion of Non-ethnic Migrants: Germany and Israel in Comparative Perspective. In J. Grimm, L. Huddy, P. Schmidt, & J. Seethaler, *Dynamics of National Identity* (S. 64-82). London: Routledge.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2011). Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 46, 1-6.
- Pettigrew, F. T. & Tropp, R. L. (2006). Interpersonal Relations and Group Processes: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 5, 751-783.
- Pettigrew, F. T. (2016). In Pursuit of Three Theories: Authoritarianism, Relative Deprivation, and Intergroup Contact. *Annual Review Psychology*, 6, 1-21.
- Pettigrew, F. T. & Hewstone, M. (2017). The single factor fallacy: Implications of missing critical variables from an analysis of intergroup contact theory. Manuskript.
- Schlüter, E., Ullrich, J., Glenz, A., & Schmidt, P. (2016). From segregation to intergroup contact and back: Using experiments and simulation to understand the bidirectional link. *European Journal of Social Psychology*, 00, 1-16.
- Schmidt, P. & Weick, S. (1998). Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 19, 1-5.
- Schmidt, P. & Heyder, A. (2000). Wer neigt eher zu autoritärer Einstellung und Ethnozentrismus, die Ost- oder die Westdeutschen? – Eine Analyse mit Strukturgleichungsmodellen. In R. Alba, P. Schmidt, & M. Wasmer (Hrsg.), *Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Theoretische Erklärungen und empirische Befunde* (S. 439-484). Blickpunkt Gesellschaft. Band 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Semyonov, M., Raijman, R., & Gorodzeisky, A. (2006) The Rise of Anti-foreigner Sentiment in European Societies, 1988-2000. *American Sociological Review*, 71, 426-449.
- Smith, A. D. (1991). *National Identity*. Nevada: University of Nevada Press.
- Smith, J. H., Pettigrew, F. T., Pippin, M. G., & Bialosiewicz, S. (2011). Relative Deprivation: A Theoretical and Meta-Analytic Review. *Personality and Social Psychology Review*, 30, 1-8.
- Statistisches Bundesamt. (2016a). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse des Zentralregisters 2015, Fachserie 1, Reihe 2: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2016b). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2015, Fachserie 1, Reihe 2.1: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2016c). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2015, Fachserie 1, Reihe 2.2: Wiesbaden.
- United Nations High Commissioner for Refugees. (2016). Global Trends. Forced Displacement in 2015 (www.unhcr.de).
- Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2008). *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- 1 Bei den ALLBUS-Befragungen werden aktuelle Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erhoben. Seit 1980 wird alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung befragt (Kumulierter Datensatz ALLBUS 1980-2012; ZA5260 Data file Version 2.0.0, doi:10.4232/1.11639; ALLBUS 2016 Pre-Release ZA5260, Data file Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12715). Wir danken M. Blohm (GESIS) für die Berechnungen mit der Gesamtstichprobe des ALLBUS 2016. Die Autoren danken Pascal Anstötz und Sophie Rau für die Unterstützung bei Analysen und Darstellung. Die Arbeit von Peter Schmidt wurde unterstützt durch ein Humboldt-Stipendium der Polish Foundation for Basic Research.
 - 2 Es handelt sich um ein probabilistisches Mixed-Mode Access Panels. Die Daten sind repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung von 18 bis 70 Jahren (ZA5664 Datenfile Version 18.0.0, doi:10.4232/1.12716).
 - 3 Migrationshintergrund im engeren Sinn (vgl. Statistisches Bundesamt 2016c)
 - 4 Berechnet aus Länderdaten (Statistisches Bundesamt 2016a)
 - 5 Die Fragenbatterie für Split 1 wurde auch in früheren Allbus-Befragungen ab 1990 erhoben
 - 6 Anteil mit 2 und mehr Kontakten: Westdeutschland: 71%; Ostdeutschland: 31% (Ergebnisse des ALLBUS 2016 Pre-Release, tabellarisch nicht ausgewiesen)
 - 7 Faktor aus der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“.
 - 8 Additiver Index der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“ (Items Gleichbehandlung und Einfluss: Skala invertiert).
 - 9 Auf einer Skala von 1 „sehr viel schlechter“ bis 5 „sehr viel besser“.
 - 10 Antwortskala: 1 „nie“, 2 „selten“, 3 „manchmal“, 4 „häufig“.
 - 11 Additiver Index der Zustimmung zu den Einzelitems auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“.
 - 12 Aufgrund der Kodierung mit positivem Vorzeichen.
- Peter Schmidt
Universität Gießen
peter.schmidt@sowi.uni-giessen.de
- Stefan Weick
GESIS
Tel.: 0621 / 12 46 -245
stefan.weick@gesis.org